A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 109 Sonnabend, den 12. September 1931 44. Jahrgang

Unterzeichnung des Stillhalteabkommens.

Berlin, 10. Septbr.

Das Stillhalteabkommen ist soeben durch die drei beteiligten deutschen Stellen, Reichsbank, Deutsche Golddiskontbank und Bankenkomitee, unterzeichnet worden. In Kraft tritt das Abkommen an dem Tage, an dem die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich mitteilt, daß sämtliche Vertragsparteien den Vertrag gezeichnet haben. Der maßgebende Text des Stillhalteabkommens und der Manteltext werden bekanntgegeben werden, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist.

Eine neue Notverordnung.

Die Durchführung des Stillhalteabkommens.

Berlin, 11. September.

Nachdem nunmehr die Reichsbank, die Deutsche Golddiskontbank und das deutsche Bankenkomitee das Stillhalteabkommen unterzeichnet haben, kann damit gerechnet werden, daß es in einigen Tagen in Kraft tritt. In manchen Punkten wird das Abkommen nur durchgeführt werden können, wenn bestimmte Rechtsbeziehungen, namentlich die der deutschen an dem Abkommen beteiligten Banken zu ihren Schuldnern, eine besondere gesetzliche Regelung erfahren.

Die Reichsregierung ist deshalb durch eine Verordnung des Reichspräsidenten ermächtigt worden, die Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um eine Durchführung des Abkommens sicherzustellen. Von dieser Ermächtigung wird in der Hauptsache erst Gebrauch gemacht werden können, nachdem das Abkommen in Kraft getreten ist.

Nur entspricht es einer Vorabrede für das Abkommen, daß bis zu diesem Zeitpunkt zur Vermeidung einer unterschiedlichen Behandlung der Auslandsgläubiger den inländischen Schuldnern durch eine Verordnung verboten wird, ohne Zustimmung der Reichsbank ausländischen Banken Sicherheiten zu bestellen. Eine Verordnung dieses Inhalts ist jetzt erlassen worden.

Angleichung der Sparmaßnahmen.

Reich und Preußen verhandeln über eine Angleichung der Sparmaßnahmen. Vier Hauptpunkte.

Berlin, 11. September.

Zwischen den zuständigen Ressorts des Reiches und Preußens haben Besprechungen stattgefunden, die eine möglichst weitgehende Angleichung der Maßnahmen bezwecken, von denen bereits in den letzten Tagen die Rede war. Dabei handelt es sich z. B. um die Pensionskürzungen und die Beförderungssperre für die Beamten, die nach Auffassung der beteiligten Stellen am besten vom Reich durchgeführt werden, um zu vermeiden, daß alle Länder dieselben Einzelverfügungen treffen müssen. Aehnlich sollen auch noch andere Dinge in Einklang gebracht werden. Bisher sind die

Beratungen aber noch nicht zum Abschluß gekommen,

und es ist mit der Veröffentlichung der preußischen Notverordnung auch erst im Laufe der nächsten Woche zu rechnen. Sie soll bekanntlich gleichzeitig mit der der Reichsmaßnahmen erfolgen. Faßt man die vom Reich und von Preußen in Erwägung gezogenen Pläne in Stichworten zusammen, so handelt es sich um folgende vier Punkte:

1. Abbau der Hauszinssteuer. Im Reichsfinanzministerium wird an zwei Plänen gearbeitet, von denen der eine eine Art Kapitalisierung der Steuer, der andere die Einspannung auch der Mieten in den Preisabbau vorsieht.

2. Die gemischt städtisch-ländliche Siedlung für zunächst 100 000 Wohlfahrtsunterstützte.

3. Herabsetzung der hohen Pensionen über 12 000 Mark.

4. Zweijährige Beförderungs- Zulagensperre für Beamte.

Außer diesen Maßnahmen, mit denen sicher zu rechnen ist, spricht man bekanntlich auch noch von anderen Plänen, so von weiteren Einsparungen am Etat, der Reform der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge, der Schaffung einer Einsichtmöglichkeit bei den Banken und anderes. Ueber die Gestaltung dieser Pläne wird sich erst im Laufe der nächsten Woche näheres sagen lassen. Zunächst werden die geplanten Notmaßnahmen noch einmal im Reichskabinett durchgesprochen werden.

*

Auch die süddeutschen Länder beraten.

Die Regierungen von Bayern, Sachsen, Baden, Hessen und Württemberg berieten in Stuttgart die Sparmaßnahmen zum Ausgleich der Haushalte der Länder und Gemeinden.

Gegen die Großpensionäre.

Notverordnung über Pensions-Kürzungsgesetz.

Berlin, 10. September

Das im Reichskabinett bearbeitete Pensions-Kürzungsgesetz soll durch Notverordnung in Kraft treten. Alle Pensionen sollen gekürzt werden, die den Betrag von 12 000 Mark im Jahre übersteigen. Die darüber hinausgehenden Pensionsbeträge sollen so gekürzt werden, daß entsprechend der Anzahl der Jahre, die der Pensionsempfänger in der seiner Pension zugrundeliegenden Besoldungsstufe gestanden hat, eine Kürzung von 10 bis 50 v. H. eintritt.

In der Notverordnung dürften auch noch eine Reihe anderer beamtenrechtlicher Fragen geregelt werden. Wie verlautet, handelt es sich dabei u. a. um die Herabsetzung der Höchstpensionsgrenze von 80 auf 75 v. H. und um die Erhöhung der Aufrückungsfristen in die nächste Gehaltsstufe von 2 auf 3 Jahre. Gleichzeitig sollen unter diese Bestimmungen auch die Beamten und Angestellten der öffentlich-rechtlichen Körperschaften fallen.

Ueber die Frage der Verfassungsrechtlichkeit der Pensionskürzungen sind die Auffassungen an den zuständigen Stellen noch geteilt.

Es scheint jedoch hierbei der Begriff der „angemessenen Versorgung" eine Rolle zu spielen, wobei man sich auf ein Reichsgerichtsurteil vom 10. Juli 1931 sowie auf ein Urteil des Reichsfinanzhofes vom 25. März 1931 stützt.

Die Notverordnung soll noch für Ende September in Kraft treten.

Unterstützung der Winterhilfe.

Ein Aufruf der deutschen Frauen.

Berlin, 10. September.

Die deutschen Frauenorganisationen erlassen folgenden Aufruf:

Schwerster wirtschaftlicher Druck, härteste menschliche Not lasten auf dem deutschen Volk. Die Arbeitslosigkeit wächst erschreckend. Unzählige Einzelne, die früher zur Linderung der Not ihrer Mitmenschen beitrugen, sind heute selber hilfsbedürftig. Den Einrichtungen der Gesundheits- und Kinderfürsorge droht der Zusammenbruch.

Wir alle sehen mit größter Sorge dem kommenden Winter entgegen. Wer wird die Millionen von Hungernden und Frierenden, die Alten und Kranken versorgen? Wer hilft den Kindern? Wer hilft den Verlassenen und Hoffnungslosen? Wer wird die ratlos vor dem Leben stehenden Jugendlichen seelisch aufrechterhalten?

Die unterzeichneten Verbände richten deshalb an alle deutschen Frauen den dringenden Ruf:

„Versagt Eure Mithilfe nicht!" Die Nothilfe leistenden Organisationen warten darauf, daß Ihr Euch ihnen zur Verfügung stellt.

Jeder gebe und helfe nach seiner Kraft, nach seinem Vermögen; auch die kleinste Gabe, auch der geringste Hilfsdienst ist heute unentbehrlich. Laßt uns wieder lernen, von Mensch zu Mensch einander beizustehen und einer des anderen Last mit zu tragen.

Auch das Kartell der republikanischen Verbände Deutschlands hat einen Aufruf zur Winterhilfe erlassen, in dem es heißt: Der kommende Winter wird für uns alle, besonders aber für die vom harten Schicksal der Arbeitslosigkeit Betroffenen eine bitterste Notzeit sein. Unter Zurückstellung aller Standes-, Berufs- und sonstigen Interessen ist jeder Deutsche verpflichtet, sein Möglichstes zu tun, um die Not der breiten Volksmassen mit lindern zu helfen. Wir rufen darum alle auf zur republikanischen Nächstenhilfe. Diese Nächstenliebe muß sich auswirken in praktischer Hilfsbereitschaft. Darum gebe jeder, was er entbehren kann und sorge dafür, daß sein Nächster desgleichen tut.

Neue Fraktionssitzung der Volkspartei.

Wiederzusammentritt in 14 Tagen.

Berlin, 10. September.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei setzte ihre Beratungen in Potsdam fort und behandelte nochmals wirtschafts- und finanzpolitische Fragen. Alsdann siedelte die Fraktion nach Berlin über, wo eine neue Sitzung stattfand. In dieser Sitzung wurden auch Fragen der Außenpolitik behandelt. Was die Politik des der Volkspartei angehörenden Reichsaußenministers Dr. Curtius betrifft, ging die Ansicht der Fraktion dahin, die Entscheidung bis nach der Rückkehr des Ministers aus Genf auszusetzen. In 14 Tagen soll dann eine neue Fraktionssitzung stattfinden, und zwar in Hamburg.

Die wirtschaftspolitische Aussprache bewegte sich in der Richtung, die darniederliegende Wirtschaft und den Arbeitsmarkt durch kreditpolitische Lockerungen, durch Herabsetzung der öffentlichen Lasten und Verminderung der Produktionskosten zu beleben und damit auch die Gesundung der öffentlichen Finanzen herzustellen.

Ueber die Außenpolitik, insbesondere die Verhandlungen in Genf, hatte der Parteivorsitzende Dr. Dingeldey berichtet.

Nationalsozialistische Kampfansage.

Rückkehr der Fraktion in den Reichstag.

Hannover, 10. Septbr.

In einer Versammlung erklärte Staatsminister a. D. Dr. Frick, die nationalsozialistische Fraktion werde bei der Wiedereröffnung des Parlaments in den Reichstag zurückkehren. Die Fraktion erstrebe den Sturz der Regierung Brüning und die Ausschreibung von Neuwahlen für den Reichstag sowie den Preußischen Landtag. Im übrigen wandte sich Dr. Frick in seiner Rede noch gegen den französischen Ministerbesuch in Berlin, gegen den auch schon der Vereinigten Vaterländischen Verbände mit einem Schreiben an den Reichskanzler protestiert haben.

Spanien und Völkerbund.

Eine Rede des Außenministers Lerroux.

Genf, 11. September

In der Völkerbundsversammlung erklärte der spanische Außenminister Lerroux, daß Spanien heute nicht mehr durch die Gewalt, sondern durch das Recht regiert werde. Sein Land befinde sich in völliger Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des Völkerbundes, und seine Regierung richte jetzt ihre Aufmerksamkeit auf den inneren Aufbau des Landes auf neuen Grundlagen.

Spanien sei bereit, mit allen Kräften an dem großen Plan Briands mitzuwirken, die Völker Europas zu einer Union zusammenzuschließen, und entscheidend an der Befriedung Europas mitzuwirken.

Es werde der Tag kommen, wo alle Völker einschließlich der Vereinigten Staaten von Amerika und Sowjetrußland im Völkerbund vereint sein würden.

Zur Abrüstungsfrage

erklärte der Minister, die Abrüstungskonferenz sei von entscheidender Bedeutung für den Weltfrieden. Für die Aufrechterhaltung des Friedens genügte aber weder die Organisierung des Friedens noch die Abrüstung, denn der Frieden sei eine Sache des Geistes. Aus diesem Grunde müßten die Ursachen künftiger Streitigkeiten, besonders wirtschaftlicher Art, sorgfältig überwacht werden.

Friedensrede Lord Cecils.

In der Aussprache ergriff Lord Cecil als Englands Vertreter das Wort zu einer politischen großangelegten Rede. Er befaßte sich eingehend mit den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, forderte die allgemeine Abrüstung, widersetzte sich auf das Heftigste einer Vertagung der Abrüstungskonferenz und richtete an alle Regierungen den dringenden Appell, unverzüglich gemeinsame Maßnahmen zur Ueberwindung der Krise zu ergreifen. Der Redner erklärte unter anderem, es wäre außerordentlich tragisch, wenn sich der Völkerbund, der ¾ der Menschheit umfasse, nicht unmittelbar für die Ueberwindung der Weltkrise einsetzen würde. Die Finanzkrise drohe zu einem völligen Zusammenbruch zu führen.

Wege aus der Krise.

Die Zurückziehung der Kapitalien müsse aufgehalten und ihre Investierung von neuem gesichert werden. Gehe die heutige Entwicklung weiter, so werde ein Land nach dem andern zu einem Moratorium gezwungen werden.

Die Lage Deutschlands sei heute ein besonderes Zeichen für die Wirtschaftskrise.

Deshalb müsse sie besonders berücksichtigt werden. Der Bericht der Baseler Sachverständigen zeige klar, daß die Zeit dränge und kein Augenblick mehr verloren werden dürfe. Eine Verlängerung der abgelaufenen Kredite müsse unbedingt erreicht werden. **Auch sei es unerläßlich, die notwendigen Bedingungen zu schaffen, damit Deutschland die notwendigen Kredite erhalte, um seine Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen.**

Die Rolle der Politik.

Eine entscheidende Rolle in der gegenwärtigen Krise spiele heute die Politik. Die internationale politische Lage sei nicht ungünstig. Es wäre gefährlich, Prophezeiungen für die Zukunft zu machen, aber niemals in der Geschichte der Menschheit sei bisher ein Krieg so wenig wahrscheinlich gewesen wie heute. Niemand von den zahlreich versammelten Staatsmännern könne die Auffassung vertreten, daß ein Krieg in absehbarer Zeit drohe. In der Welt herrsche heute eine Atmosphäre internationalen Mißtrauens, die größer sei als je.

Es sei heute nicht an der Zeit, an die Revision der bestehenden Verträge zu schreiten, denn ein derartiges Vorgehen würde nur Unruhe und Unsicherheit schaffen.

Nichts sei so geeignet zur allgemeinen Befriedung, Ueberwindung der Krise, Wiederherstellung des Vertrauens sowie zu der dringend notwendigen Investierung der Kapitalien wie

die allgemeine Abrüstung.

Gegen Flugzeugangriffe gebe es keine Verteidigung und werde es nie eine geben. Wie wäre es möglich, heute vom großen Publikum die Investierung von Kapitalien zu verlangen, wenn gleichzeitig auf der anderen Seite die modernsten Mittel zur Vernichtung der Wirtschaft und der Bevölkerung geschaffen würden, wodurch die wirtschaftliche Grundlage der Kapitalinvestierung jeden Augenblick vernichtet werden könnte. Das gleiche gelte für die Land- und Seeabrüstung.

Es müsse unterstrichen werden, daß die einmütige Zustimmung der Welt eine Vertagung der am 2. Februar 1932 beginnenden Weltabrüstungskonferenz nicht zulassen würde. Die englische Regierung werde eine Vertagung der Abrüstungskonferenz auch nicht um einen Tag zulassen.

Grandis Rede und sein Vorschlag, die Rüstungen bis zum Abschluß der Konferenz nicht weiter zu führen, sei von größter Bedeutung. Die englische Regierung befinde sich in voller Uebereinstimmung mit diesem Vorschlag.

Appell an Deutschland und Frankreich.

Zwei große Nationen, deren Führer anwesend seien, und die, jede in ihrer Art, an der Spitze der Zivilisation ständen, bildeten heute einen der Hauptpunkte der inter-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310912-13/fragment/page=0001

nationalen Lage. Wenn zwischen Deutschland und Frankreich eine wahre Annäherung nicht in Worten, sondern in Taten erreicht werde, so würden damit 75 v. H. der Unruhe der Welt verschwinden. (Stürmischer Beifall).

In der Presse sei darauf hingewiesen worden, daß die englische Regierung sich gegen eine solche Verständigung zwischen diesen beiden großen Nationen wende. Dies sei eine schamlose Verdächtigung. Niemals habe es einen Engländer gegeben, der derartiges gesagt habe.

Jede englische Regierung werde alles tun, um eine wirkliche Verständigung und eine wirkliche Freundschaft zwischen den beiden Nationen herbeizuführen.

Der Geist von Locarno lebe heute noch in England. Es sei heute nicht ersichtlich, was die englische Regierung für eine Verständigung dieser beiden Völker tun könne. Aber wir wissen alle, wieviel von der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich heute abhängt. Es ist jetzt die unabweisbare Pflicht jeder einzelnen Regierung, in der gegenwärtigen Krise der Menschheit, alle Mittel zu suchen, die zu einer Ueberwindung der Krise führen können. Die englische Regierung und das englische Volk haben das Vertrauen, daß die Krise überwunden werden kann.

Die Ausführungen wurden mit langanhaltendem stürmischen Beifall aufgenommen.

1,5 Milliarden Fehlbetrag.

Einbringung des englischen Nothaushaltsgesetzes durch Snowden.

London, 11. Septbr.

Im englischen Unterhaus brachte Schatzkanzler Snowden den mit größter Spannung erwarteten Nachtragsetat ein, der bestimmt ist, den [illegible] zu decken. Die Gesamthöhe des Fehlbetrages ist nach der Rede Snowdens auf 1480 Millionen Rm. zu veranschlagen. Der Ausgleich soll erfolgen 1. durch die Verringerung der Ausgaben, 2. durch das Anziehen der Steuerschraube und 3. durch eine Kombination beider Maßnahmen.

Im einzelnen führte Schatzkanzler Snowden dann noch aus:

Das Land muß die Lage ernsthaft ins Auge fassen. Ich stehe einem sehr bedenklichen und scharfen Fallen der Einnahmen von nicht weniger als 25 Millionen Pfund im laufenden Finanzjahr gegenüber, wozu noch vier Millionen Mindereinnahmen aus Zöllen und Akzisen kommen. Die Suspendierung der Kriegsschuldenzahlungen aus dem Hooverplan wird die Einnahmen dieses Jahres um weitere 30 Millionen verringern, wovon 25 Millionen sich aus der Suspendierung der Reparationszahlungen und die restlichen 5 Millionen durch den den Dominions erlassenen Betrag erklären. Andererseits werden durch das Hooverjahr an den an Amerika zu leistenden Zinszahlungen diesmal 13,5 Millionen erspart. Die neuen Steuern würden 405 Millionen einbringen, sodaß mit einem Ueberschuß von 1,5 Millionen zu rechnen sein würde.

Die Gesamtersparnisse des laufenden Jahres veranschlagte Snowden auf 22 Millionen, während er für das kommende Finanzjahr mit Bruttoersparnissen in Höhe von 70 Millionen rechnet.

An zusätzlichen Steuern

hält er in diesem Jahre 39 Millionen und im nächsten Jahre 80 Millionen für erforderlich. Der größere Teil davon müsse durch direkte Steuern getragen werden.

Snowden verkündete dann, daß der Einkommensteuersatz um 6 Pence auf 5 Schilling für das Pfund Sterling erhöht worden ist. Ferner gab Snowden bekannt, daß das steuerfreie Einkommensminimum in jedem Falle verringert würde.

Die Sondersteuer auf die großen Einkommen würde um 10 Prozent erhöht werden. Die gesamte Einkommensteuer und die Sondersteuererhöhungen würden 29 Millionen in diesem Jahre und 57,5 Millionen in einem ganzen Finanzjahr ergeben. Snowden schätzte das voraussichtliche Defizit für das kommende Finanzjahr 1932-33 auf 170 Millionen Pfund.

Weiter kündigte der Schatzkanzler eine Erhöhung der Tabak-, Bier-, Benzin- und Lustbarkeitssteuer mit sofortiger Wirkung an. Das von der Regierung geplante Finanzgesetz werde ferner Vorschläge enthalten, die zur Erleichterung der Umwandlung der 5proz Kriegsanleihe zu einem niedrigeren Zinsfuß dienen sollte.

Im kommenden Finanzjahre soll, wie der Redner weiter ausführte, das vorveranschlagte Defizit von 170 Millionen in folgender Weise ausgeglichen werden: Ersparnisse 70 Millionen, Minderleistungen auf die Schuldendienste 20 Millionen, neue Steuern 81,5 Millionen, so daß sich ein Ueberschuß von 1,5 Millionen ergeben würde.

Trotz Freihändlertums . . .

Henderson für Zollerhöhungen statt Sozialabbau.

Bristol, 11. September.

In einer vor dem Kongreß der Gewerkschaften gehaltenen Rede führte Henderson u. a. aus, er sei zwar ein ebenso überzeugter Freihändler wie jeder andere, wenn er aber zwischen der Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung und einer Erhöhung der Zolltarife wählen sollte, würde er sich für eine Zollerhöhung entscheiden,

vorausgesetzt natürlich, daß es sich dabei um eine vorübergehende Maßnahme handeln würde und daß der Ertrag wirklich für Arbeitslosenzwecke Verwendung fände.

Im weiteren Verlauf seiner Rede erklärte Henderson, die erste Unterschrift, die unter dem Versprechen der Arbeiterpartei an die Arbeitslosen gestanden habe, sei diejenige MacDonalds gewesen (Rufe: Schande!).

Wenn ich irren muß, so fügte der Parteiführer hinzu, so ziehe ich es vor, es nach der menschlichen Seite hin zu tun als nach der Seite des Geldes.

Der Kongreß wird die machtende Macht der finanziellen Interessen mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen. Henderson forderte Einigkeit und sagte, daß viele Personen bei den nächsten Wahlen unangenehm überrascht werden würden.

Deutsche Tagesschau.

Handwerkervertreter bei Stegerwald.

Vertreter des Deutschen Handwerks wurden vom Reichsarbeitsminister Stegerwald empfangen. In einer fast zweistündigen Aussprache wurden alle mit dem Problem der Arbeitslosigkeit zusammenhängenden Fragen erörtert und ebenso auch die Frage der Wohnungszwangswirtschaft besprochen. Die Vertreter des Handwerks hatten hierbei Gelegenheit, die Beschlüsse vorzutragen, die der sozialpolitische Ausschuß und der wirtschaftspolitische Ausschuß der Spitzenverbände in ihren kürzlich abgehaltenen Sitzungen gefaßt haben. Endgültige Beschlüsse der Reichsregierung zu diesen Fragen liegen noch nicht vor.

Münchens Winterfürsorge.

Der Münchener Stadtrat genehmigte zur Bekämpfung der Winternot ein umfangreiches Fürsorgeprogramm, das u. a. städtische Speisungen von täglich 50 000 bis 60 000 Menschen vorsieht. Außerdem sollen in der Zeit vom 1. Oktober bis Ende März an 50 000 bis 60 000 bedürftige Personen Kohlen und Lebensmittel zu Preisen abgegeben werden, die bis zu 20 Prozent verbilligt sind, und gegen Ausweis bei Handel und Gewerbe bezogen werden können. Die Gewerbetreibenden haben sich im nächsten Halbjahr damit zu einem Opfer von 200 000 bis 300 000 Mark bereit erklärt. Für die Betreuung der jugendlichen Erwerbslosen wurde ein Jugenddienst mit täglich vier Stunden gemeinnütziger Arbeit und zwei Stunden Unterricht und Sport nach dem Grundsatz der Freiwilligkeit und Unentgeltlichkeit eingerichtet.

Auslands-Rundschau.

Beschlüsse der polnischen Regierung.

Die polnische Regierung stimmte der Erhöhung der Einkommen- und Tantiemesteuer zu. Durch die steuerliche Mehrbelastung der großen Einkommen will sich die Regierung die Mittel zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit beschaffen. Bestätigt wurde außerdem die Beteiligung der Staatsforstverwaltung an dem noch zu schaffenden Holzausfuhrverband und die Entschließung über die Bildung eines Arbeitsausschusses der Weizenausfuhrländer, die auf der Londoner Landwirtschaftskonferenz gefaßt worden war. Der einheimischen Wollindustrie wird im Interesse des Schutzes der polnischen Schafzucht die Verpflichtung des Beimischungszwanges inländischer Wolle für solche Gewebe auferlegt, die an den Staat geliefert werden.

Holländische Friedenspropaganda.

Vier Wochen lang wurden in der Tagespresse Hollands Formulare veröffentlicht, durch deren Unterzeichnung die Leser ihr Interesse an der Förderung der internationalen Abrüstung bekunden konnten. Die zur Unterzeichnung vorliegende Eingabe drückte den Wunsch aus, daß die bevorstehende Abrüstungskonferenz Maßnahmen ergreifen möchte, die geeignet seien, zur Abrüstung der Völker zu führen. Die Eingabe ist, wie jetzt bekanntgegeben wird, von weit über 2 400 000 Holländern im Alter von über 18 Jahren unterzeichnet worden. Das sind etwa 30 Prozent der gesamten Bevölkerung Hollands. Die Eingabe wird vom Vorstand des Vereins der niederländischen Presse in Genf überreicht werden.

Kleine politische Meldungen.

Teilnahmeschreiben zum Tode Brentanos. Anläßlich des Ablebens Lujo Brentanos haben der Reichspräsident und der Reichskanzler der Tochter des Dahingeschiedenen telegraphisch ihr Beileid ausgesprochen.

Rücktritt des Vizeadmirals Oldekop. Der Flottenchef der deutschen Reichsmarine, Vizeadmiral Oldekop, scheidet mit dem 30. September d. J. aus der Reichsmarine aus.

Zeitungsbeschlagnahmen. Das kommunistische „Ruhr-Echo" vom 9. September ist wegen Beschimpfung von Organen und Behörden des Staates beschlagnahmt worden. — Die nationalsozialistische „Neue Nationalzeitung" in Augsburg wurde für die Zeit vom 10. bis 12. September abermals verboten.

Rücktritt des japanischen Eisenbahnministers. Der japanische Eisenbahnminister T. Egi ist aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten. Sein Amt übernimmt der Minister für überseeische Angelegenheiten.

Aus der Umgegend

Nebra, 12. September.

— **Der Jahrmarkt ist da!** Unser Herbstmarkt findet am Sonntag und Montag statt. Schon belebt sich das Straßenbild, fremde Gesichter sieht man, und auch so mancher bekannte Freund hält seinen Einzug ins Städtchen. Der Herbstmarkt hat mit den Jahren nebenher immer mehr die Bedeutung eines Besuchsfestes auswärtiger Verwandter erhalten, kurzgesagt, er ist eine Veranstaltung, auf die unsere Hausfrauen rüsten, wie dies zur Kirmes auf dem Lande der Fall ist. Man will vorbereitet sein, wenn liebe Gäste kommen, dem Gastfreundschaft ist eine besonders schöne Tugend der Nebraer Einwohnerschaft. — Am Sonnabend bereits beginnt das Leben in den Gastwirtschaften, in der Ratsellerwirtschaft wird ein großes Wurstausgelegen begonnen, das am Sonntag und Montag seine Fortsetzung findet. — Am Sonntag und Montag ist dann in jeder Gaststätte Hochbetrieb, man hat sich auf Massenbewirtung eingerichtet, da die Marktveranstaltungen in der Umgegend gezeigt haben, daß die Landbevölkerung trotz aller wirtschaftlichen Bedrängnis doch auf einige Stunden die Sorgen sich abschütteln will. Und das ist der richtige Standpunkt. Am Sonntag ist übrigens freier Geschäftsverkehr im Handelsgewerbe; möge eine gute Einnahme jedem Geschäftsinhaber aus Anlaß des Marktes die nächste Zeit etwas erleichtern.

— **Das Schützenhaus** ist auch diesmal während des Jahrmarkts der Treffpunkt aller derer, die sich noch guten Humor bewahrt haben. Stimmungsvoller Ball und gute Bewirtung sind immer gute Sorgenbrecher.

— **„Zur Burg".** Wer zum Markt kommt, will auch einmal auf der glatten Tanzfläche in Möbers Diele sich drehen. Es gehört das zum wahren Marktvergnügen. Auch diesmal ist am Sonntag und Montag die Diele in Betrieb.

— **Stadt-Lichtspiele.** Während der Markttage bringen unsere Lichtspiele große Schlager zur Abrollung. Die schönste Frau von Paris, wer möchte sie nicht sehen? Doch sie ist in Wirklichkeit keine Pariserin, sondern ungarisches Adelsblut rollt in ihren Adern, über ihr schwebt ein Verhängnis, das sie nicht recht froh werden läßt. Schönheit einer Maid führt nicht immer zum Glück, oft ist Kummer und Sorge die Folge. Das trifft auch bei der schönsten Frau von Paris ein. Erst später ist es ihr möglich, im Hafen der Ehe zu landen. — Des weiteren werden noch zwei heitere Filme: „Schneider Wibbel" und „Der wahre Jakob", ferner auch ein auserlesenes Beiprogramm den Besuchern köstliche Stunden verschaffen.

— **Sitzung des Reichsausschusses für Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge.** Wie uns der Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener mitteilt, tagte am 8. September dieses Jahres der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge als gesetzliches Gutachterorgan für die Fragen der Versorgung der Kriegsopfer in Gegenwart von Vertretern des Reichsarbeitsministeriums. Diesem Ausschuß gehören sämtliche Kriegsopferorganisationen Deutschlands von Reichsbedeutung sowie die Vertreter der Hauptfürsorgestellen des Deutschen Reiches an. Die Organisationen und die Vertreter der Hauptfürsorgestellen konnten in der Aenderung der 2. Notverordnung des Reichspräsidenten, soweit sie Kriegsopferfragen betraf, eine Einigung erzielen. So wurden eine Besserung der Renten für Leichtbeschädigte, eine Milderung der Anrechnung der Renten auf die Arbeitslosenunterstützung bei arbeitslosen Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, eine Milderung der Ruhensbestimmungen für Personen, die öffentliches Einkommen beziehen, sowie grundsätzliche Aenderungen auf dem Gebiete der Gewährung von Zusatzrente der Reichsregierung empfohlen. Aus den Aeußerungen des Regierungsvertreters ist zu entnehmen, daß die Wünsche des Reichsausschusses in einer demnächst zu verkündenden Notverordnung Berücksichtigung finden.

Wendelstein. Am Sonntag wird im gernbesuchten Gasthof Wendelstein nachmittags von 3 Uhr ab gute Unterhaltungsmusik von Mitgliedern der Nebraer Stadtkapelle geboten werden. Auch ein Tänzchen wird zwischendurch zustande kommen. Und das alles ohne Entgeld. Für beste Bewirtung ist der jetzige Bewirtschafter des Gasthofs wie immer besorgt.

Reinsdorf. Entenliebhaber sollten am Sonntag den Weg nach Reinsdorf nicht scheuen. Durch sicheres Kegeln und auch Schießen sind die beliebten Vögel gegen niedrigen Einsatz zu gewinnen. Und am Abend wird ein Sommernachtsball geboten. Es winken somit frohe Stunden.

Laucha. (Unfall beim Fußballspielen.) Bei der Austragung eines Fußball-Verbandsspieles der Vereine Laucha und Kirchscheidungen auf dem Sportplatz in Laucha stürzte der Gelbgießer Max Kaufmann aus Kirchscheidungen so unglücklich, daß er sich das rechte Bein brach. Durch Mitglieder der hiesigen freiwilligen Sanitätskolonne wurde er zum Arzt und dann nach seiner Wohnung gebracht. Der Platz war durch die starken Regenfälle ziemlich aufgeweicht und sehr schlüpfrig.

Laucha. (Vom Glockenmuseum.) Der Altertums- und Verkehrsverein Querfurt plant in kommender Zeit hier einen Glockentag zu veranstalten. Es sollen dabei einige alte Glocken in unsere Stadt überführt werden, die einst aus der Lauchaer Glockengießerei hervorgegangen sind. Hierbei wird auch über den Wert und die Gestaltung des kommenden Glockenmuseums berichtet.

Eckartsberga. (Neuverpachtung der Eckartsberga.) Die sehr schön gelegene Eckartsburg soll jetzt neu verpachtet werden. Seit ihrem teilweisen Ausbau im Jahre 1927 hat die Burg einen beachtlichen Besuch aufzuweisen.

Sangerhausen. Hier sind sechs Schüler und ein Erwachsener an Typhus erkrankt. Die Erkrankten wurden dem Städtischen Krankenhaus zugeführt. Ihr Zustand ist den Umständen entsprechend gut. Lebensgefahr besteht nicht. Es sind alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um ein Ausbreiten der Krankheit zu verhindern.

Eisleben. (Falsche Zwanzigmarkscheine!) Falsche Zwanzigmarkscheine sind hier in letzter Zeit wieder aufgetaucht. Sie tragen das Datum 11. Oktober 1924. Im Wasserzeichen der Vorderseite steht statt Reichsbank „Reichsmark". Außerdem sind die Scheine dünner und weicher als die echten.

Eisleben. Die mit 300 000 Mk. Kapital arbeitende Eisleber Dampfmühle A.-G. in Eisleben hat mit ihren Gläubigern auf der Grundlage von 35 Prozent einen außergerichtlichen Vergleich zustandegebracht. Das Werk liegt zurzeit still. Ueber die Wiederaufnahme des Betriebes erfolgt in der am 26. September einberufenen außerordentlichen Generalversammlung die Entscheidung.

Lauscha. (Thür.) (Kein Geld mehr für die Beleuchtung der Schule.) Aus Mangel an Mitteln ist vom Gemeinderat angeordnet worden, daß aus den Schulen alle Beleuchtungskörper und die Fernsprechapparate entfernt werden. Der Unterricht muß künftig bis zum Einbruch der Dunkelheit beendet sein.

Merseburg. Bei der Kleinbahn-Gesellschaft der Provinz Sachsen ist man erheblichen Unterschlagungen auf die Spur gekommen. Ein Oberbaukommissar und ein Angestellter haben von dem Bankkonto der Gesellschaft unberechtigt Beträge abgehoben und dabei die Namen von zwei Beamten gefälscht. Die Höhe der veruntreuten Summen ist noch nicht bekannt. Die beiden ungetreuen Beamten sind fristlos entlassen worden. Der Oberbaukommissar hat bereits ein Geständnis abgelegt.

Lerbach (Oberharz). Wie verlautet, soll in Kürze der Betrieb der Lerbacher Hütte stillgelegt werden. Da die Lerbacher Einwohnerschaft zu einem großen Teile von der Hütte abhängig ist, ist sie stark beunruhigt.

Neues aus aller Welt.

Leichenfund bei Wittenberge. In einer Schonung bei Wittenberge fand der Steinsetzer Wilhelm Rogge aus Wittenberge beim Suchen von Pilzen das Skelett eines Mannes. Die Personalien des Toten, der durch Erhängen seinem Leben ein Ende gemacht hatte, konnten noch nicht einwandfrei ermittelt werden. Ein gewisser Anhalt ergibt sich aus der Tatsache, daß der Tote sich mit der Schnur eines Rucksackes erhängt hatte, der bereits am 10. Januar in der Nähe des Tatortes gefunden wurde und einen Taschenkalender mit dem Namen Krüger enthielt.

Feldhüter von Obstdieben erschossen. In der Gemarkung zwischen Kalbach und Bonames bei Frankfurt am Main wurde der Feldhüter Hattemer von Obstdieben erschossen. Sein Tod trat auf der Stelle ein. Die Leiche des Ermordeten wurde später von Kindern aufgefunden, die die Polizei benachrichtigten. Von den Tätern hat man noch keine Spur.

Leichenfund im Thüringer Wald. Im Forstort Buchenjohn fanden Pilzsucher in fast undurchdringlichem Dickicht das Knochengerüst und Bekleidungsreste einer weiblichen Leiche. Polizeiliche Feststellungen ergaben, daß es sich um die seit dem 20. Mai dieses Jahres als vermißt gemeldete Kindergärtnerin Elsa Knull aus Berlin handelt, die sich hier zur Kur aufhielt. Bei der Leiche fand man die Kurkarte, durch die die Person identifiziert werden konnte, sowie eine Lysolflasche, die auf Selbstmord schließen läßt. Das 23jährige junge Mädchen hat damals schon bei ihrem Verschwinden Briefe hinterlassen, die auf einen freiwilligen Tod hindeuteten. Die Leiche wurde in die Leichenhalle von Friedrichroda gebracht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310912-13/fragment/page=0002

Wollager ausgebrannt. Auf bisher ungeklärte Weise geriet in Vollmershausen das Wollager der Firma Krawinkel in Brand, wodurch die gesamten Vorräte, deren Wert mit über 300 000 Mark angegeben wurde, vernichtet wurden. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Die Feuerwehr hatte Mühe, das angrenzende Hauptgebäude zu retten.

Mädchenmord. Die 16jährige Tochter des Gastwirts Clasen aus Delmenhorst wurde erwürgt auf dem Heuboden aufgefunden. Der Täter, der bei Clasen beschäftigte Gert Cordes, stellte sich bei der Polizei. Er ist vollkommen zusammengebrochen und gab beim ersten Verhör an, daß er sich an nichts erinnern könne.

Explosion im Gladbach-Rheydter Rathaus. Unter starkem polizeilichen Schutz hielten die Stadtverordneten im Rheydter Rathaus eine Sitzung ab. Kurz nach Beginn, während die Kommunisten Agitationsanträge zu begründen versuchten, die nicht weniger als 35 Millionen Reichsmark erfordern würden, brachte ein Unbekannter im Treppenhaus einen Feuerwerkskörper zur Explosion. Irgendwelche Schäden wurden nicht angerichtet, und die Versammlung wurde durch die Explosion nicht gestört.

Betrugsversuch mit falschen dänischen Aktien. Ein 35jähriger angeblicher Kaufmann wurde von der Hamburger Polizei festgenommen, der versuchte, eine gefälschte dänische Aktie der Kopenhagener Titan A. G. über 1000 Kronen bei einem Bankier beporschussen zu lassen. Der Bankier erkannte die Aktie als falsch und veranlaßte die Verhaftung des Mannes. Bei dem Verhafteten wurden noch mehrere derartige Falschstücke gefunden. Er will die Aktien von einem noch nicht ermittelten Mann erhalten haben.

Schadenfeuer in Karlsbad. Ein Großfeuer brach in dem Lagerhaus einer am Bahnhof Karlsbad gelegenen Züricher Speditionsfirma aus, das das Haus und mehrere Waggons, die mit Porzellan beladen waren, vollständig vernichtete.

Alsberg verklagt das Ehepaar Glade.

Berlin, 11. Septbr. Im Auftrage des Rechtsanwalts Professor Dr. Alsberg hat Justizrat Löwenstein beim Generalstaatsanwalt Antrag auf öffentliche Klage gegen das Ehepaar Glade wegen verleumderischer Beleidigung, sowie gegen die verantwortlichen Schriftleiter zweier kommunistischer Blätter wegen übler Nachrede gestellt.

Meinungsverschiedenheiten im Zentralausschuß für die innere Mission.

Berlin, 11. September. Im Zusammenhang mit den Vorgängen bei dem Devaheim-Konzern hatten die Vertreter des Kirchenausschusses und des Evangelischen Oberkirchenrates im Verwaltungs- bezw. Hauptausschuß des Zentralausschusses für innere Mission bestimmte Maßnahmen verlangt. Sie konnten aber keine ausreichende Berücksichtigung ihrer Forderungen erreichen. Da auch die kirchlichen Behörden keine Handhabe besitzen, jene Forderungen durchzusetzen, haben sich die kirchlichen Vertreter veranlaßt gesehen, aus dem Zentralausschuß für innere Mission auszuscheiden.

Europäische Kohlenkonferenz in London am 30. September.

Essen, 11. Septbr. Die angekündigte Konferenz der europäischen Zechenbesitzer, zu der der Zentralrat des englischen Bergbaues eingeladen hat, wird am 30. September in London eröffnet werden.

Neue Brände in Schleswig-Holstein und Hannover.

Hamburg, 11. Septbr. Die Reihe der großen zum erheblichen Teil auf Brandstiftung zurückzuführenden Brände, die seit Wochen die Bevölkerung in Schleswig-Holstein und Nord-Hannover beunruhigen, setzt sich weiter fort. Im Hamburger Versorgungsheim unweit Cuxhaven brannte — zum zweitenmal innerhalb kurzer Zeit — eine Scheune nieder. In Lüneburg wurde in der Nacht zum Donnerstag eine große mit Korn gefüllte Scheune eingeäschert, man schätzt den Schaden auf 30 000 Mark. Auch aus Schleswig-Holstein sind mehrere neue Brände zu melden.

Schweres Schadenfeuer in Neermoor.

Politischer Racheakt?

Emden, 11. September

Auf einem landwirtschaftlichen Besitz ereignete sich ein schweres Schadenfeuer. Gegen zwei Uhr brach in einem Gebäude des Anwesens des Landwirtes Jan Janssen ein Brand aus, der sich rasend schnell auf das ganze Gebäude ausdehnte. Die Erntevorräte boten dem Feuer reiche Nahrung, so daß es den Wehren nicht möglich war, das Gebäude zu retten, vielmehr mußte man sich auf den Schutz der Vordergebäude beschränken. Insgesamt wurden 120 Fuder Heu, große Roggen- und Hafervorräte, Wagen und landwirtschaftliche Maschinen ein Raub der Flammen. Mehrere Schweine, 24 Ferkel und 2 Kälber verbrannten mit. Der Schaden soll nur zum Teil durch Versicherung gedeckt sein.

Es heißt, daß es sich bei diesem Brand um einen politischen Racheakt handeln soll. Schon vor einiger Zeit waren Gerüchte im Umlauf, die von einem geplanten Anschlag auf das Anwesen Janssens, der sich führend in der NSDAP betätigte, sprachen. Die Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft ist eingeleitet worden.

Verhaftung des Generals Fernandez Heredia.

Madrid, 10. Septbr.

Die Untersuchungskommission hat den General Fernandez Heredia verhaften lassen. Heredia war während der Erhebung von Jaca, bei deren Niederschlagung Todesurteile vollstreckt worden sind, Militärgouverneur der Provinz Huesca.

Weitere Verschlechterung des mitteldeutschen Arbeitsmarktes

Trostlose Aussichten in fast allen Industriezweigen.

Der Präsident des Landesarbeitsamts Mitteldeutschland teilt mit:

Die Verschlechterung der Lage am mitteldeutschen Arbeitsmarkt hat sich in der zweiten Augusthälfte im gleichen Tempo wie in der ersten Augusthälfte fortgesetzt. Wiederum ist die Zahl der Arbeitsuchenden in dieser Zeit **um rund 11 000 gestiegen,** wobei in erster Linie die Abkehr von Arbeitern aus der Metallwirtschaft, der Textilindustrie, des Bau- und Baumebengewerbes hervorzuheben ist. Selbst in den Industriezweigen, für die normalerweise jetzt eine saisonmäßige Belebung im Hinblick auf das Weihnachtsgeschäft eintreten sollte, herrschte große Zurückhaltung. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, war auch der Erfolg der Leipziger Messe gerade für die Verbrauchsgüterindustrien, die den mitteldeutschen Arbeitsmarkt stark beeinflussen (Porzellan, Glas, Spielwaren- und Textilindustrie), derartig gering, daß mit einer demnächstigen Belebung dieser Wirtschaftszweige kaum gerechnet werden kann.

Kurzarbeit und Stillegungsanträge sowie Entlassungen sind fast in allen Industriezweigen während der Berichtszeit zu verzeichnen gewesen.

Aus dem mitteldeutschen Braunkohlenbergbau sind z. Z. über 6400 Fach- und Hilfsarbeiter bei den in Frage kommenden Arbeitsämtern gemeldet, aus dem Kalibergbau rund 2700 und aus dem Erzbergbau annähernd 1650. Das Baugewerbe und mit ihm die Ziegeleiindustrie und die übrigen Baustoffindustrien liegen völlig darnieder. Rund 64 000 Baufach- und Bauhilfsarbeiter sind erwerbslos, also soviel wie Mitte Dezember 1930, woraus die außerordentlich katastrophale Lage des Baumarktes in diesem Jahre deutlich zu entnehmen ist. Selbst an landwirtschaftlichen Arbeitskräften sind noch 9400 bei den Arbeitsämtern zur Verfügung, wobei zu berücksichtigen ist, daß sich bei den Arbeitsämtern im allgemeinen nur die arbeitsuchenden Personen melden, die auf Unterstützung Anspruch haben. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit dürfte daher noch größer sein als sie in den gemeldeten Zahlen zum Ausdruck kommt.

Nach der Art der Unterstützung verteilen sich die Arbeitsuchenden ungefähr gleichmäßig auf die drei Unterstützungseinrichtungen: Arbeitslosenversicherung (30,4 v. H.), Krisenunterstützung (25,8 v. H.) und Wohlfahrtsunterstützung (25,7 v. H.). **Rund 69 550 erhalten z. Z. keinerlei Unterstützung.**

Insgesamt waren am 31. August 383 867 Arbeitslose im Bezirk des Landesarbeitsamts Mitteldeutschland; am 15. August: 373 068, d. i. eine Zunahme von 10 790, Vorjahr 255 268 (252 387).

Deutscher Juristentag.

Ein Zwischenfall bei der Rede des Präsidenten.

Lübeck, 11. September.

Bei der Eröffnung des Deutschen Juristentages kam es zu einem Zwischenfall bei der Rede des Präsidenten Dr. Wildhagen, der von einem Teil der Presse sensationell wiedergegeben wurde. Es sollte zu erregten Szenen gekommen sein, weil der Präsident gegen die früheren Feinde gewettert und den Revanchekrieg propagiert habe.

Es wurde u. a. behauptet, daß der Vertreter der Reichsregierung auf dem Juristentag bereits Bericht nach Berlin erstattet habe, um die Reichsregierung zu veranlassen, ihre Mißbilligung auszusprechen. Von zuständiger Berliner Stelle wird hierzu erklärt, daß der Vorfall vom Juristentag selbst bereinigt worden sei insofern, als der Präsident selbst erklärt habe, daß die Aeußerungen in der Erregung des Augenblicks gefallen seien. Irgendeine Erklärung der Reichsregierung sei aus diesem Grunde nicht notwendig.

Sektionschef Dr. Hermann-Wien gab in seiner Begrüßungsansprache namens der österreichischen Juristen ein Bekenntnis zum Anschlußgedanken und setzte sich für eine Rechtsangleichung und eine Rechtseinheit zwischen Deutschland und Oesterreich ein. Senator Dumont überbrachte die Grüße der Freien Stadt Danzig mit der Aufforderung, einen der nächsten Juristentage in Danzig abzuhalten. Präsident Dr. Wildhagen ging besonders auf die Begrüßungsworte des österreichischen Vertreters ein und betonte dabei, es könne nicht Aufgabe des Deutschen Juristentages sein, sich mit dem Haager Urteil über die Zollunion auseinanderzusetzen. Aber soviel könne man wohl sagen, daß der Haager Schiedsspruch ein Pyrrhussieg für Frankreich sei.

Wenn man die Stimmen wäge, so würden die sieben Stimmen der Minderheit schwerer sein als die acht der Mehrheit. Es werde der Tag kommen, an dem die Weltgeschichte das Weltgericht sei.

Die Völker innerhalb der deutschen Grenzpfähle und in Oesterreich seien eines Stammes. Ihre Vereinigung könne nicht auf die Dauer verhindert werden. Man wolle trotz der Grenzen die deutsch-österreichische Rechtseinheit pflegen. Mit herzlichem Brudergruß an die Deutschen in Oesterreich schloß der Präsident seine mit Beifall aufgenommene Rede.

Starke Nervosität auf dem kaufmännischen Stellenmarkt.

Nach den Beobachtungen der kaufmännischen Stellenvermittlung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes hat sich die Lage auf dem kaufmännischen Stellenmarkt katastrophal verschlechtert. Der Bewerberzugang hat eine Höhe erreicht, wie er selbst bei Berücksichtigung des in den Berichtsmonat fallenden Quartalskündigungstermins nicht zu erwarten war. Der bedeutende Zugang an gekündigten Bewerbern läßt erkennen, daß die Geschäftsleitungen den kommenden Wintermonaten sehr pessimistisch entgegensehen. Umfangreiche vorsorgliche Kündigungen wurden deshalb ausgesprochen. Neben Massenkündigungen sind besonders Einzelkündigungen zahlreich, oft wegen Betriebseinschränkungen, Stillegungen und Zahlungsschwierigkeiten. An den Kündigungen und Entlassungen sind alle Wirtschaftszweige beteiligt, stärker die Metallwaren-, Maschinen- und Textilindustrie und der Lebensmitteleinzelhandel.

Der Zugang an Besetzungsaufträgen ist ebenfalls weiter gesunken. Für das Vermittlungsgeschäft wirkte es sich besonders erschwerend aus, daß ein hoher Prozentsatz der erteilten Besetzungsaufträge wegen der unsicheren Wirtschaftslage zurückgezogen wurde. Die Zahl der erzielten Vermittlungen ging folglich zurück.

Die schlechte Lage des kaufmännischen Stellenmarktes kennzeichnet die für die Kaufmännische Stellenvermittlung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes errechnete Andrangsziffer (Bewerber auf eine neugemeldete offene Stelle) 79,2 im August 1931 gegenüber 68,5 im Juli 1931 und 27,3 im August 1930.

Das Gebot der Stunde: Bargeldlos zahlen!

Mitgeteilt von der Stadtsparkasse Nebra.

Wenn es auch Sorge der Regierung und Reichsbank ist, die zur restlosen Ueberwindung der Geldkrise erforderlichen Maßnahmen durchzuführen, so hat doch jeder einzelne die Möglichkeit, die Reichsbank bei der Durchführung dieser schweren Aufgabe zu unterstützen. Das Mittel, das hierzu in erster Linie geeignet ist, ist eine Einschränkung des Bedarfs an Zahlungsmitteln, d. h. also möglichst weitgehende Ausdehnung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.

In Deutschland ist der bargeldlose Zahlungsverkehr soweit ausgebildet, daß die Umsätze in der Unternehmersphäre bereits ausschließlich bargeldlos erfolgen, während das Stückgeld (Metallgeld und Banknoten) nur noch für Lohnzahlungen und Verbrauchsausgaben verwendet wird. Hier liegen noch gewaltige Ersparnismöglichkeiten, zu deren Ausnutzung die großen volkstümlichen Zahlungsverkehrseinrichtungen, vor allem der Ueberweisungsverkehr der öffentlichen Sparkassen, der sogenannte Spargiroverkehr, die Voraussetzung geben. Bargeldlos zu zahlen, ist heute kein Privileg des wohlhabenden Bankkunden mehr. Das Netz des Spargiroverkehrs umfaßt 4500 kontoführende Stellen im Reiche, (Sparkassen, Girokassen, Kommunalbanken und deren Spitzenbanken, die Girozentralen und Landesbanken), bei denen bereits ca. 2 500 000 Spargirokontoinhaber (nicht zu verwechseln mit den 18 000 000 Sparbuchinhabern) ihren Zahlungsverkehr bei denkbar einfacher Formularbenutzung bargeldlos abwickeln. Gegenüber anderen Trägern des bargeldlosen Zahlungsverkehrs bieten die Spar- und Girokassen eine zeitgemäße Verzinsung der Guthaben bei völlig kostenloser Ausführung aller Zahlungsaufträge.

Wer sich am bargeldlosen Zahlungsverkehr beteiligt, handelt in mehrfacher Beziehung verdienstvoll: Er selbst spart Geld, Zeit und Arbeit, er läßt diese Vorteile auch seinem ihm zahlungspflichtigen Schuldner zukommen und unterstützt die Regierung und Reichsbank zur Gesundung der Wirtschaft.

Spiel und Sport

Nebraer Sportvereinigung 1924.

Die Jagd nach den Punkten geht weiter. Am morgigen Markt-Sonntag findet wieder ein großer Fußball-Punktkampf zwischen

N.S.V. 24 Nebra I. — 1. F.C. Freyburg I. 1929
(vorjähriger Bezirksmeister)

statt. Hier heißt es für unsere N.S.V.'er kämpfen und nochmals kämpfen, damit uns keine Punkte verloren gehen und wir den Anschluß an die Spitze der Tabelle nicht verlieren. Der 1. F.C. Freyburg verfügt über eine ausgezeichnete Kampfmannschaft, die uns im letzten Verbandsspiel in Freyburg mit nicht weniger als 4:0 Toren beide Punkte abnahm. Es ist daher morgen ein Revanche-Kampf zu erwarten, den unsere Leute hoffentlich zu unseren Gunsten überstehen werden. Das heißt, voraus sei gleich gesagt, daß Freyburg erst nach heißem Ringen geschlagen werden kann. Also dürfen wir das Spiel nicht leicht nehmen. Dieses Treffen bestreiten beide Vereine mit den stärksten Mannschaften in folgender Aufstellung:

Freyburg (blauweiß) Brecht
Nittermann Roewer
Scheibel Rieks Schwendler
Scheibe II Kretzschmar I Kretzschmar II Huth Enders
Gebhardt Fuchs Boltze Vollandt II Werner I
Kluge Körner Werner II
Eichhorn II Ernemann III

Nebra (blaugelb) Graubner

Wir möchten nun noch beiden Mannschaften ans Herz legen, flott und fair zu spielen und sich den Anordnungen des Schiedsrichters zu fügen, auch wenn man manchmal anderer Meinung ist. Wer aus diesem Spiel als Sieger hervorgeht, wird uns das sicherlich an spannenden Momenten reiche Spiel beweisen. Darum sollte es niemand versäumen, sich das Spiel, das um 15 Uhr vom Schiedsrichter Stöckigt, B.f.L. Weißenschirmbach, angepfiffen wird, zu besuchen. Es muß am Marktsonntag Parole für jeden Nebraer sein: „Auf nach dem Sportplatz der N.S.V. 24 zum Punktkampf Freyburg gegen Nebra". Hoffentlich meint es der Wettergott recht gut, damit wir nun mit der Austragung der Serienspiele weiter vorwärts kommen.

Vordem um 13.30 Uhr spielen

N.S.V. 24 Nebra II. — 1. F.C. Freyburg II.

Das Spiel scheint völlig offen zu sein, doch muß sich unsere 2. Elf tüchtig anstrengen, wenn sie gewinnen will. Unsere 3. hatte am vergangenen Sonntag im Punktspiel gegen die gleiche Mannschaft trübe Erfahrungen machen müssen. Noch bis kurz vor Schluß führten wir 3:2 und mußten im Endspurt die Punkte Freyburg mit einem 4:3-Sieg überlassen. Es muß der Gegner von unserer 2. Mannschaft ernst genommen werden. Hoffen wir, daß unsere Mannschaft die Punkte an sich bringen kann. Um 12.30 Uhr spielen noch

N.S.V. 24 Schüler — 1. F.C. Freyburg Schüler

Ueber die Spielstärke der Gäste ist uns nichts bekannt. Doch in der augenblicklich guten Form unserer Schüler sollte es zu einem Siege für unsere Farben kommen, vorausgeschickt sei natürlich, daß Freyburg die Schüler nicht durch Jugendspieler verstärkt.

Auswärts, und zwar in Laucha beim L.B.C., weilt die Herrenmannschaft. In diesem Punktspiel wird wohl unsere 3. die Punkte gegen die technisch besseren Gastgeber abtreten müssen. Eine Ueberraschung wäre ja manchmal auch nicht ausgeschlossen. Wenn die Mannschaft voll antritt und nicht während des Spieles Umstellungen vornimmt. Hoffen wir auf ein ehrenvolles Abschneiden. Abfahrt mittags 12.30 Uhr vom Bahnhof Nebra.

Eine freudige Ueberraschung für Hausfrauen und Kinder ist das große Sanella-Margarine-Preisausschreiben. 50 000 Mark und 40 000 Sachpreise gelangen zur Verteilung! Bei dieser Fülle von Preisen bietet sich also jedem, der sich mit der Preisaufgabe beschäftigt, eine große Gewinnmöglichkeit. Die Preisaufgabe selbst erscheint auf „Glückstüten", die in jedem einschlägigen Geschäft kostenlos erhältlich sind.

Eine Sonder-Beilage über die bewährte, einen Weltruf genießende **Bleyle-Kleidung** liegt der heutigen Ausgabe des Nebraer Anzeiger bei. Die Firma **Friedrich Krey,** Inh.: **Emil Krey, Nebra,** hat den Alleinverkauf dieser Kleidung und unterhält dafür ständig ein großes Lager. Die vorteilhaft ausgestellten Schaufenster der Firma verdienen besondere Beachtung.

Kirchliche Nachrichten

15. Sonntag nach Trinitatis, den 13. September 1931.

Sonntagsspruch: Trachtet am ersten nach dem Reich Gottes und nach seiner Gerechtigkeit, so wird euch solches alles zufallen. (Matth. 6, 33.)

10 Uhr: Hauptgottesdienst. (Predigt über Galater 6, 2.) Lieder: 447 (241), 262 (472), 273 (189).

Kollekte für die v. Cansteinsche Bibelgesellschaft in Halle a/S.

½12 Uhr: Kindergottesdienst für die ältere Abteilung in der Kirche.

½12 Uhr: Kindergottesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindesaal.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Missionsstunde im Gemeindesaal.

Freitag, abends 8 Uhr: Jungfrauenverein im Gemeindesaal.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310912-13/fragment/page=0003

Hausfrauen, Kinder!

Lanella

GARANTIE-MARGARINE

Glückstüten-Preisausschreiben

Rm 50,000 IN BAR
und 40.000 Sachpreise

GRATIS! Holen Sie die Glückstüten bei Ihrem Kaufmann

III SN 31-46

Betr. Ackerverpachtung.

Der Magistrat hat beschlossen, den Zuschlag zu den Pachtangeboten für den Fahnert'schen Plan zu erteilen.

Nebra, den 11. September 1931.

Der Magistrat. Grünberg.

Betr. Wandergewerbescheine.

Die Wandergewerbetreibenden, die die Fortsetzung ihres Wandergewerbes im nächsten Jahre beabsichtigen, sowie diejenigen Personen, die ein Wandergewerbe im nächsten Jahre neu beginnen wollen, werden aufgefordert, ihre Anträge bis **1. Oktober d. Js.** im Rathaus, Zimmer Nr. 3, anzubringen.

Bei Stellung der Anträge ist ein unaufgezogenes Lichtbild und der für das Jahr 1931 gültige Wandergewerbeschein vorzulegen.

Nebra, den 9. September 1931.

Die Polizeiverwaltung. Grünberg.

Ihre **Vermählung** geben bekannt:

Otto Leopold
Melanie Leopold
geb. Heller

Hamburg 23,
Jordanstr. 59 — 12. September 1931

Holz-Verkauf
Forstrevier Nebra
im Gasthause zu Wippach.

Dienstag, den 15. September 1931, gelangen aus den Abteilungen 2, 3, 6, 11 und 12 nachstehende **Nutz- und Brennhölzer** meistbietend gegen Barzahlung zum Verkauf.

8	Stück	Fichten-Stangen	I. Klasse
15	„	„ „	II. „
15	„	„ „	III. „
14	rm	Fichten-Knüppel	2 mlang
3	„	Fichten-Rollen	3 m „
240	„	Buchen-Scheite	

Die Fichtenstangen liegen in Abt. 12 (am Orlas-Schacht).

Zusammenkunft 11 Uhr vormittags.

Verkaufsbedingungen werden im Termin bekanntgegeben.

Wippach, den 5. September 1931.

von Helldorff'sche Forstverwaltung.

Wo ist der richtige Betrieb an beiden Markttagen???
Im Schützenhaus!

Sonntag und Montag, ab 8 Uhr abends
stimmungsvoller
Jahrmarkts-Extra-Ball

Zeitgemäße Preise
Gutgepflegte Biere — Preiswerte Speisen
Es laden freundlichst ein
C. Stein. — **R. Janda.**

Kinder laßt den Mut nicht sinken,
Laßt uns singen, tanzen, trinken,
Denn: wer weiß, ob nicht die Welt
Morgen schon in Schutt zerfällt!

Stadt-Lichtspiele Preußischer Hof

2 grosse Markt-Schlager in Tonfilmen!

Laune, Stimmung, Heiterkeit, Witz, Humor und Fröhlichkeit, köstlichster lustiger Zeitvertreib — das sind diese Schlager.

Sonntag:
Schneider Wibbel
Nach der gleichnamigen Komödie von H. Müller-Schlösser.

Als zweiter Schlager:
Die schönste Frau von Paris

Montag:
Der wahre Jakob
Nach dem gleichnamigen, erfolgreichsten Bühnenschwank von Arnold und Bach.

Ein Meisterstück an Witz und Humor mit Felix Bressart usw.

Außerdem gutes Beiprogramm

Café „Zur Burg"
Zum Jahrmarkt
Vornehmer Dielenbetrieb
Um freundlichen Besuch bittet **O. Möder**

Halt! Jahrmarkts-Telegramm! Halt!

Leipziger-Wäsche-Zentrale
Montag und Dienstag

1 Bettbezug Linon mit 2 Kissen neueste Einsätze 130 cm breit, 2 m lang **4.75**

1 Bettbezug Linon mit 2 Kissen neueste Einsätze 130 cm breit, 2 m lang **4.95**

Stangenleinen, Damastbettwäsche, Ueberschlaglaken, Dux-Gesundheitsbettücher 140×225, Herrenbarchenthemden, Einsatzhemden

Bude 10! Achten Sie bitte auf Bude 10!

Gasthaus Wendelstein

Sonntag, den 13. Sept., von 3—7 Uhr nachmittag:

Unterhaltungsmusik
mit **Tanzeinlagen**

Ausgeführt von Mitgliedern der Stadtkapelle Nebra.

Eintritt und Tanzgeld frei!

Hierzu ladet freundlichst ein **Kurt Meitz** i. W.

Spare mündelsicher bei der **Stadt-Sparkasse Nebra a. U.**

• Reinsdorf •

Sonntag, den 13. September 1931,
von nachmittags 2 Uhr ab:
Entenauskegeln und -Schießen
Abends 8 Uhr:
Sommernachts-Ball
verbunden mit „Kosmos"-Abend

Es ladet freundlichst ein **Willy Hartmann.**

---

nur noch Marke: Wolko

Mit *Wolko-Schuhen* beweisen wir Ihnen, dass auch billige Schuhe schön und haltbar sein können.

Ständig Eingang neuer Modelle.

Von der Fabrik festgesetzte Einheitspreise:

10.75 12.75 8.75 14.75

Achten Sie auf den Sohlenstempel.

2000 Verkaufsstellen

Alleinverkauf für Nebra u. Umg.:
Schuhhaus Hermann Sachse
NEBRA Bahnhofstraße NEBRA

Hypotheken
volle Auszahlung, unkündbar, zinsfrei auf Gegenseitigkeit. Bedingungen kostenlos.
Hypothekenkasse A-G,
Leipzig C. 1, Dufourstraße 4.

KnoblauchZwiebelsaft
nach Dr. Humboldt
mit der Schutzmarke **„Westfalia"**, bestens bewährt bei

Arterienverkalkung

Magen- und Herzleiden, Darmstörungen, Nieren-, Blasen-, Gallen- u. Leberbeschwerden, sowie **Rheumatismus,** Gicht und Zucker. Preis per 1/1-Original-Flasche **RM. 2.75.**

Zu haben in
Nebra: Adler-Drogerie W. Gutsmuths.
Roßleben: Kreuz-Drogerie Martin Scharf.

Drucksachen
für Handel, Gewerbe und Industrie fertigt an
Buchdruckerei W. Sauer

Es steht in der WOCHE:

Neues aus aller Welt in vorzüglichen Kupfertiefdruck-Bildern, Aufsätze aus allen Lebens- und Wissensgebieten, über Kunst, Theater, Film, Musik, Technik, in Gegenwart und in Zukunft, Natur-, Erd- und Völkerkunde, Erziehung, Unterrichte, Weltanschauung, Philosophie, Mathematik, Land- und Volkswirtschaft, Funk, Bücher und Noten, Romane, Novellen, Gedichte, Anekdoten, Erzählungen, Lebensbeschreibungen, Kreuz- und Querworte, Witze und vielerlei Spiele.

Wer die „WOCHE" liest, kennt Weltgeschehen. Lesen Sie sie auch! Jedes Heft für 50 Pfennig!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310912-13/fragment/page=0004

A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 109 Sonnabend, den 12. September 1931 44. Jahrgang

Unterzeichnung des Stillhalteabkommens.

Berlin, 10. Septbr.

Das Stillhalteabkommen ist soeben durch die drei beteiligten deutschen Stellen, Reichsbank, Deutsche Golddiskontbank und Bankenkomitee, unterzeichnet worden. In Kraft tritt das Abkommen an dem Tage, an dem die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich mitteilt, daß sämtliche Vertragsparteien den Vertrag gezeichnet haben. Der maßgebende Text des Stillhalteabkommens und der Mantelvertrag werden bekanntgegeben werden, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist.

Eine neue Notverordnung.

Die Durchführung des Stillhalteabkommens.

Berlin, 11. September.

Nachdem nunmehr die Reichsbank, die Deutsche Golddiskontbank und das deutsche Bankenkomitee das Stillhalteabkommen unterzeichnet haben, kann damit gerechnet werden, daß es in einigen Tagen in Kraft tritt. In manchen Punkten wird das Abkommen nur durchgeführt werden können, wenn bestimmte Rechtsbeziehungen, namentlich die der deutschen an dem Abkommen beteiligten Banken zu ihren Schuldnern, eine besondere gesetzliche Regelung erfahren.

Die Reichsregierung ist deshalb durch eine Verordnung des Reichspräsidenten ermächtigt worden, die Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um eine Durchführung des Abkommens sicherzustellen. Von dieser Ermächtigung wird in der Hauptsache erst Gebrauch gemacht werden können, nachdem das Abkommen in Kraft getreten ist.

Nur entspricht es einer Vorabrede für das Abkommen, daß bis zu diesem Zeitpunkt zur Vermeidung einer unterschiedlichen Behandlung der Auslandsgläubiger den inländischen Schuldnern durch eine Verordnung verboten wird, ohne Zustimmung der Reichsbank ausländischen Banken Sicherheiten zu bestellen. Eine Verordnung dieses Inhalts ist jetzt erlassen worden.

Angleichung der Sparmaßnahmen.

Reich und Preußen verhandeln über eine Angleichung der Sparmaßnahmen. Vier Hauptpunkte.

Berlin, 11. September.

Zwischen den zuständigen Ressorts des Reiches und Preußens haben Besprechungen stattgefunden, die eine möglichst weitgehende Angleichung der Maßnahmen bezwecken, von denen bereits in den letzten Tagen die Rede war. Dabei handelt es sich z. B. um die Pensionskürzungen und die Beförderungssperre für die Beamten, die nach Auffassung der beteiligten Stellen am besten vom Reich durchgeführt werden, um zu vermeiden, daß alle Länder dieselben Einzelverfügungen treffen müssen. Aehnlich sollen auch noch andere Dinge in Einklang gebracht werden. Bisher sind die

Beratungen aber noch nicht zum Abschluß gekommen,

und es ist mit der Veröffentlichung der preußischen Notverordnung auch erst im Laufe der nächsten Woche zu rechnen. Sie soll bekanntlich gleichzeitig mit der der Reichsmaßnahmen erfolgen. Faßt man die vom Reich und von Preußen in Erwägung gezogenen Pläne in Stichworten zusammen, so handelt es sich um folgende vier Punkte:

1. Abbau der Hauszinssteuer. Im Reichsfinanzministerium wird an zwei Plänen gearbeitet, von denen der eine eine Art Kapitalisierung der Steuer, der andere die Einspannung auch der Mieten in den Preisabbau vorsieht.

2. Die gemischt städtisch-ländliche Siedlung für zu-

n über 12 000

nsperre für Be-

n sicher zu rech-
on anderen Plä-
am Etat, der
rge, der Schaf-
ken und anderes.
ch erst im Laufe
Zunächst werden
l im Reichs-

eraten.
en, Baden, Hes-
gart die Spar-
der Länder und

näre.
ungsgesetz.
10. September
fions-Kürzungs-
reten. Alle Pen-
rag von 12 000
hinausgehenden
daß entsprechend

der Anzahl der Jahre, die der Pensionsempfänger in der seiner Pension zugrundeliegenden Besoldungsstufe gestanden hat, eine Kürzung von 10 bis 50 v. H. eintritt.

In der Notverordnung dürften auch noch eine Reihe anderer beamtenrechtlicher Fragen geregelt werden. Wie verlautet, handelt es sich dabei u. a. um die Herabsetzung der Höchstpensionsgrenze von 80 auf 75 v. H. und um die Erhöhung der Aufrückungsfristen in die nächste Gehaltsstufe von 2 auf 3 Jahre. Gleichzeitig sollen unter diese Bestimmungen auch die Beamten und Angestellten der öffentlich-rechtlichen Körperschaften fallen.

Ueber die Frage der Verfassungsrechtlichkeit der Pensionskürzungen sind die Auffassungen an den zuständigen Stellen noch geteilt.

Es scheint jedoch hierbei der Begriff der „angemessenen Versorgung" eine Rolle zu spielen, wobei man sich auf ein Reichsgerichtsurteil vom 10. Juli 1931 sowie auf ein Urteil des Reichsfinanzhofes vom 25. März 1931 stützt.

Die Notverordnung soll noch für Ende September in Kraft treten.

Unterstützung der Winterhilfe.

Ein Aufruf der deutschen Frauen.

Berlin, 10. September.

Die deutschen Frauenorganisationen erlassen folgenden Aufruf:

Schwerster wirtschaftlicher Druck, härteste menschliche Not lasten auf dem deutschen Volk. Die Arbeitslosigkeit wächst erschreckend. Unzählige Einzelne, die früher zur Linderung der Not ihrer Mitmenschen beitrugen, sind heute selber hilfsbedürftig. Den Einrichtungen der Gesundheits- und Kinderfürsorge droht der Zusammenbruch.

Wir alle sehen mit größter Sorge dem kommenden Winter entgegen. Wer wird die Millionen von Hungernden und Frierenden, die Alten und Kranken versorgen? Wer hilft den Kindern? Wer hilft den Verlassenen und Hoffnungslosen? Wer wird die ratlos vor dem Leben stehenden Jugendlichen seelisch aufrechterhalten?

Die unterzeichneten Verbände richten deshalb an alle deutschen Frauen den dringenden Ruf:

„Versagt Eure Mithilfe nicht!" Die Nothilfe leistenden Organisationen warten darauf, daß Ihr Euch ihnen zur Verfügung stellt.

Jeder gebe und helfe nach seiner Kraft, nach seinem Vermögen; auch die kleinste Gabe, auch der geringste Hilfsdienst ist heute unentbehrlich. Laßt uns wieder lernen, von Mensch zu Mensch einander beizustehen und einer des anderen Last mit zu tragen.

Auch das Kartell der republikanischen Verbände Deutschlands hat einen Aufruf zur Winterhilfe erlassen, in dem es heißt: Der kommende Winter wird für uns alle, besonders aber für die vom harten Schicksal der Arbeitslosigkeit Betroffenen eine bitterste Notzeit sein. Unter Zurückstellung aller Standes-, Berufs- und sonstigen Interessen ist jeder Deutsche verpflichtet, sein Möglichstes zu tun, um die Not der breiten Volksmassen mit lindern zu helfen. Wir rufen darum alle auf zur republikanischen Nächstenhilfe. Diese Nächstenliebe muß sich auswirken in praktischer Hilfsbereitschaft. Darum gebe jeder, was er entbehren kann und sorge dafür, daß sein Nächster desgleichen tut.

Neue Fraktionssitzung der Volkspartei.

Wiederzusammentritt in 14 Tagen.

Berlin, 10. September.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei setzte ihre Beratungen in Potsdam fort und behandelte nochmals wirtschafts- und finanzpolitische Fragen. Alsdann siedelte die Fraktion nach Berlin über, wo eine neue Sitzung stattfand. In dieser Sitzung wurden auch Fragen der Außenpolitik behandelt. Was die Politik des der Volkspartei angehörenden Reichsaußenministers Dr. Curtius betrifft, ging die Ansicht der Fraktion dahin, die Entscheidung bis nach der Rückkehr des Ministers aus Genf auszusetzen. In 14 Tagen soll dann eine neue Fraktionssitzung stattfinden, und zwar in Hamburg.

Die wirtschaftspolitische Aussprache bewegte sich in der Richtung, die darniederliegende Wirtschaft und den Arbeitsmarkt durch kreditpolitische Lockerungen, durch Herabsetzung der öffentlichen Lassen und Verminderung der Produktionskosten zu beleben und damit auch die Gesundung der öffentlichen Finanzen herzustellen.

Ueber die Außenpolitik, insbesondere die Verhandlungen in Genf, hatte der Parteivorsitzende Dr. Dingeldey berichtet.

Nationalsozialistische Kampfansage.

Rückkehr der Fraktion in den Reichstag.

Hannover, 10. Septbr.

In einer Versammlung erklärte Staatsminister a. D. Dr. Frick, die nationalsozialistische Fraktion werde bei der Wiedereröffnung des Parlaments in den Reichstag zurückkehren. Die Fraktion erstrebe den Sturz der Regierung Brüning und die Ausschreibung von Neuwahlen für den Reichstag sowie den Preußischen Landtag. Im übrigen wandte sich Dr. Frick in seiner Rede noch gegen den französischen Ministerbesuch in Berlin, gegen den auch schon die Vereinigten Vaterländischen Verbände mit einem Schreiben an den Reichskanzler protestiert haben.

Spanien und Völkerbund.

Eine Rede des Außenministers Lerroux.

Genf, 11. September

In der Völkerbundsversammlung erklärte der spanische Außenminister Lerroux, daß Spanien heute nicht mehr durch die Gewalt, sondern durch das Recht regiert werde. Sein Land befinde sich in völliger Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des Völkerbundes, und seine Regierung richte jetzt ihre Aufmerksamkeit auf den inneren Aufbau des Landes auf neuen Grundlagen.

Spanien sei bereit, mit allen Kräften an dem großen Plan Briands mitzuwirken, die Völker Europas zu einer Union zusammenzuschließen, und entscheidend an der Befriedung Europas mitzuwirken.

Es werde der Tag kommen, wo alle Völker einschließlich der Vereinigten Staaten von Amerika und Sowjetrußland im Völkerbund vereint sein würden.

Zur Abrüstungsfrage

erklärte der Minister, die Abrüstungskonferenz sei von entscheidender Bedeutung für den Weltfrieden. Für die Aufrechterhaltung des Friedens genügte aber weder die Organisierung des Friedens noch die Abrüstung, denn der Frieden sei eine Sache des Geistes. Aus diesem Grunde müßten die Ursachen künftiger Streitigkeiten, besonders wirtschaftlicher Art, sorgfältig überwacht werden.

Friedensrede Lord Cecils.

In der Aussprache ergriff Lord Cecil als Englands Vertreter das Wort zu einer politischen großangelegten Rede. Er befaßte sich eingehend mit den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, forderte die allgemeine Abrüstung, widersetzte sich auf das Heftigste einer Vertagung der Abrüstungskonferenz und richtete an alle Regierungen den dringenden Appell, unverzüglich gemeinsame Maßnahmen zur Ueberwindung der Krise zu ergreifen. Der Redner erklärte unter anderem, es wäre außerordentlich tragisch, wenn sich der Völkerbund, der ¾ der Menschheit umfasse, nicht unmittelbar für die Ueberwindung der Weltkrise einsetzen würde. Die Finanzkrise drohe zu einem völligen Zusammenbruch zu führen.

Wege aus der Krise.

Die Zurückziehung der Kapitalien müsse aufgehalten und ihre Investierung von neuem gesichert werden. Gehe die heutige Entwicklung weiter, so werde ein Land nach dem andern zu einem Moratorium gezwungen werden.

Die Lage Deutschlands sei heute ein besonderes Zeichen für die Wirtschaftskrise.

Deshalb müsse sie besonders berücksichtigt werden. Der Bericht der Baseler Sachverständigen zeige klar, daß die Zeit dränge und kein Augenblick mehr verloren werden dürfe. Eine Verlängerung der abgelaufenen Kredite müsse unbedingt erreicht werden. **Auch sei es unerläßlich, die notwendigen Bedingungen zu schaffen, damit Deutschland die notwendigen Kredite erhalte, um seine Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen.**

Die Rolle der Politik.

Eine entscheidende Rolle in der gegenwärtigen Krise spiele heute die Politik. Die internationale politische Lage sei nicht ungünstig. Es wäre gefährlich, Prophezeiungen für die Zukunft zu machen, aber niemals in der Geschichte der Menschheit sei bisher ein Krieg so wenig wahrscheinlich gewesen wie heute. Niemand von den zahlreich versammelten Staatsmännern könne die Auffassung vertreten, daß ein Krieg in absehbarer Zeit drohe. In der Welt herrsche heute eine Atmosphäre internationalen Mißtrauens, die größer sei als je.

Es sei heute nicht an der Zeit, an die Revision der bestehenden Verträge zu schreiten, denn ein derartiges Vorgehen würde nur Unruhe und Unsicherheit schaffen.

Nichts sei so geeignet zur allgemeinen Befriedung, Ueberwindung der Krise, Wiederherstellung des Vertrauens sowie zu der dringend notwendigen Investierung der Kapitalien wie

die allgemeine Abrüstung.

Gegen Flugzeugangriffe gebe es keine Verteidigung und werde es nie eine geben. Wie wäre es möglich, heute vom großen Publikum die Investierung von Kapitalien zu verlangen, wenn gleichzeitig auf der anderen Seite die modernsten Mittel zur Vernichtung der Wirtschaft und der Bevölkerung geschaffen würden, wodurch die wirtschaftliche Grundlage der Kapitalinvestierung jeden Augenblick vernichtet werden könnte. Das gleiche gelte für die Land- und Seeabrüstung.

Es müsse unterstrichen werden, daß die einmütige Zustimmung der Welt eine Vertagung der am 2. Februar 1932 beginnenden Weltabrüstungskonferenz nicht zulassen würde. Die englische Regierung werde eine Vertagung der Abrüstungskonferenz auch nicht um einen Tag zulassen.

Grandis Rede und sein Vorschlag, die Rüstungen bis zum Abschluß der Konferenz nicht weiter zu führen, sei von größter Bedeutung. Die englische Regierung befinde sich in voller Uebereinstimmung mit diesem Vorschlag.

Appell an Deutschland und Frankreich.

Zwei große Nationen, deren Führer anwesend seien, und die, jede in ihrer Art, an der Spitze der Zivilisation ständen, bildeten heute einen der Hauptpunkte der inter-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310912-13/fragment/page=0005